

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

66 (19.3.1917)

lichen Angriffsgruppe wurde ein feindlicher Zerstörer der Konowabteilung im Nahkampf versenkt, ein zweiter Zerstörer schwer beschädigt. Die nördliche Angriffsgruppe vernichtete bei North-Foreland einen Handelsdampfer von etwa 1500 Tonnen durch Torpedoschuß und 2 Vorpostenschiffe durch Artilleriefeuer. Hierauf beschloß sie den besetzten Hafen Margate wirkungsvoll auf nahe Entfernung. Feindliche Landbatterien erwiderten ohne Erfolg. Unsere Seestreitkräfte sind vollständig und ohne Beschädigung oder Menschenverluste zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Lufftschiff-Angriff auf England.

W.B. Berlin, 18. März. (Antlich.) In der Nacht zum 17. März legte ein Marinelufftschiffschwader trotz heftiger Gegenwehr durch feindliche Flieger und Abwehrgeschütze London in einem halbfrühlichen Angriff und die südlichen Graisdäfen Englands erfolgreich mit Bomben. Die Lufftschiffe sind wohlbehalten zurückgekehrt. Bis auf L. 39, das nach französischer Meldung bei Compiègne nordöstlich von Paris in einer Höhe von 3500 Meter durch das Feuer französischer Abwehrgeschütze zum Abbruch gezwungen wurde.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Einzelheiten über den uneingeschränkten U-Boottkrieg im Februar.

Berlin, 17. März. Im Februar sind durch U-Boote und Minen, soweit feststeht, 781 000 Buntfaßwerttonnen Frachtraum versenkt worden. Davon entfallen mindestens eine halbe Million auf englische Schiffe. Mit voller Genauigkeit läßt sich diese Zahl nicht ermitteln, weil nicht auf allen versenkten Schiffen die Flagge aufzumachen gewesen ist. Das Ergebnis übertrifft die vor dem 1. Februar gehegten Erwartungen bei weitem. Man hatte, wie zu erwarten kein Anlaß mehr vorliegt, auf 600 000 Tonnen gerechnet auf Grund des damaligen Seeverkehrs nach Abzug eines gewissen Anteils neutralen Schiffsraums, der, wie man annahm, dem Sperrgebiet fernbleiben würde. Tatsächlich ist der weit überwiegende Teil der neutralen Schiffe, die nach England fahren, ausbleiben. Unter Berücksichtigung der dadurch hervorgerufenen Einschränkungen des englischen Seeverkehrs wären die Erwartungen der Marine schon erfüllt worden, wenn rund 525 000 Tonnen versenkt worden wären. Statt dessen beläuft sich die Zahl auf 781 000 Tonnen. Das Mehr von 256 000 Tonnen bedeutet also, daß die Erwartungen um nahezu 50 Prozent übertraffen worden sind.

Stellt man die Februarbeute von 781 000 Tonnen dem englischen Seeverkehr gegenüber, der im Januar 1917 rund drei Millionen im Einlauf und rund 3,7 Millionen Tonnen im Auslauf betrug, so sieht man alsbald, wie unjünglich die von der englischen Admiralität allwöchentlich veröffentlichten Ziffern sind, die den englischen Seeverkehr mit den versenkten Schiffen verleiht, und die den Anschein erwecken sollte, als wenn nur etwa ein Prozent des englischen Verkehrs betroffen würde.

Man kann berechnen, daß ein gesamter Frachtraum von andernd 9 1/2 Millionen Tonnen erforderlich gewesen ist, um den Seeverkehr der englischen Häfen am 1. Januar 1917 zu betreiben. Davon wären knapp 2 1/2 Millionen Tonnen neutraler Schiffsraum. Rechnet man, daß von diesen nur 80 Prozent gleich 2 Millionen Tonnen ausbleiben sind und rechnet dazu die versenkten Räume von 781 000, so ergibt sich, daß der auf England fallende Frachtraum im Monat Februar überschlägig eine Verminderung um etwa 30 Prozent erfahren hat. Unter diesen Umständen wird eine unsehbare Notiz verhängt, die durch die englischen Zeitungen vom 8. März gegangen ist. Von jeder Woche am 7. jeden Monats die Zahl der englischen Außenhandelsstatistiken nebst denjenigen des Seeverkehrs veröffentlicht und erschien dann am folgenden Tage ausgedrückt in den Zeitungen. Am 8. März hieß es jetzt, daß infolge der Überlastung des Personals und wegen Schwierigkeiten des Druckes die Veröffentlichungen des Außenhandels und Seeverkehrs vom Februar nur mit einer Verspätung von etlichen Tagen erfolgen könne. Der Februar, der erste Monat des uneingeschränkten U-Boottkrieges, ist der erste Kriegsmontat, an dem sich solches

ereignet. Es gewinnt fast den Anschein, als habe man sich nicht rechtzeitig darüber schlüssig werden können, wie man das Bild retoukieren soll.

Interessant ist übrigens auch, daß die Ziffern der im Februar versenkten Schiffe mit 781 000 Tonnen bei weitem höher ist als die Ziffern der Neubauten des ganzen Jahres 1916. Diese beläuft sich auf etwa 180 000 Tonnen. (W.B.)

Sonstige Kriegsnachrichten.

Rücktritt des französischen Kabinetts.

W.B. Paris, 18. März. (Meldung der Agence Havas.) Briand hat dem Präsidenten die Demission des Kabinetts überreicht.

W.B. Paris, 18. März. (Meldung der Agence Havas.) Die Minister traten gestern abend zusammen. Briand erstattete Bericht über die Beratungen, die er über die Bedingungen abgehalten habe, unter denen das Kabinett vervollständigt werden könnte. Der Ministerrat war der Ansicht, daß es die Umstände erheischen, Poincaré jede Freiheit zu lassen, so über die Lage zu entscheiden, wie er es für die Interessen der nationalen Verteidigung am besten halte. Infolgedessen überreichte Briand Poincaré den Rücktritt des Kabinetts.

Der Rücktritt des Ministeriums Briand bedeutet noch keineswegs den Sturz des Ministerpräsidenten. Offenbar rechnet Briand damit, daß ihn Poincaré wieder mit der Bildung des Ministeriums betraut, dem er dann eine breitere Grundlage geben wird. Ob sich Briand angelehnt der wachsenden Oppositionsstimme wird halten können, ist allerdings fraglich. Es ist sogar nicht unwahrscheinlich, daß die Ministerkrisis sich zu einer Präsidentenkrise auswächst.

Die Folgen des Kohlenmangels in Frankreich.

Genf, 19. März. (W.B. Nicht antlich.) Wegen Kohlenmangels mühten in verschiedenen Provinzen Frankreichs Fabriken mit Kriegsindustrie zählenden oder starke Betriebsveränderungen vorzunehmen. Der U-Boottkrieg macht schwere Sorge in wirtschaftlicher Hinsicht und stört empfindlich die für jetzt geplante Ueberführung stärkerer Truppenverbände von Algier nach Frankreich.

Aus der italienischen Kammer.

Rom, 18. März. Ministerpräsident Boselli hielt in der gestrigen Kammer Sitzung eine Rede, in der er die Aussprüche über die wirtschaftliche Lage zusammenfaßte. Zum Schluß ermahnte er die Kammer, durch Zusage einer Tagesordnung anzunehmen, in der sie ihre edlen patriotischen Gefühle zum Ausdruck bringen möge. Eintracht für den Sieg sei das Programm des Ministeriums gewesen und werde es bleiben. (Lebhafte Beifall.) Er bat die Kammer, die Tagesordnung Vaccelli anzunehmen, in der das Vertrauen zu dem Werke der Regierung und den Kräften der Nation ausgesprochen wird. Diese Tagesordnung wurde in namentlicher Abstimmung mit 369 gegen 43 Stimmen angenommen und darauf die Sitzung aufgehoben.

Neue Urnsen in Irland in Sicht.

London, 17. März. (Holländisches Niemtes Bureau.) Es gehen Gerüchte, daß am Sonntag in Irland Kundgebungen zu erwarten seien. Es wird zwar in Abrede gestellt, daß der Bevölkerung befohlen worden sei, in den Häusern zu bleiben, aber die Mitteilung von Lord Lans in Unterhaus, daß es notwendig sein könne, an das Land zu appellieren, um die irische Frage zu ordnen, wird in vielen Kreisen als Anzeichen dafür angesehen, daß wieder etwas im Anzug ist.

Mexiko und Amerika.

W.B. Washington, 17. März. (Holländische Niemtes Bureau.) Die Regierung hat in ihrer Antwort auf die mexikanische Note, in der vorgeschlagen wurde, die Munitionslieferungen an die Alliierten zu verbieten, den Vorschlag zurückgewiesen und ihn als ausgeprochen provokant bezeichnet.

Die Revolution in Rußland.

Noch immer überstürzen sich die revolutionären Ereignisse, so daß es nicht möglich ist, sich ein klares Bild von den Vorgängen zu machen. Noch neueren Meldungen hat der zum Regenten ernannte Großfürst Michael Alexandrowitsch auf die Herrscherwürde schon wieder verzichtet. Der Zar selbst hat ein Manifest an sein Volk gerichtet, dem man an jeder Zeile anmerkt, daß es ihm in die Hände diktiert wurde.

Wenn man den Umfang und die Tragweite der Revolution auch noch nicht übersehen kann, so steht doch so viel unzweifelhaft fest, daß England nicht nur an der Revolution interessiert ist, sondern auch bei deren Vorbereitung intensiv mitgewirkt hat. Die englische Presse schwelgt in Freuden und die englische Regierung läßt auch keinen Zweifel darüber, daß ihr ein Stein vom Herzen gewälzt wurde. Der Ausbruch von Zar Nikolas, daß die russische Bewegung nicht auf den Frieden, sondern auf eine Verschärfung der Kriegsstimmung hinfiele, besagt genug. Indessen darf man sich durch solche englische Bluffs nicht täuschen lassen. Es wäre das erste Mal in der Weltgeschichte, daß ein Volk Revolution macht, um den Krieg zu verlängern und den Frieden zu verhindern. Gewiß, die russische liberale Borgeosie hat die Absicht, den Krieg energischer zu führen. Allein ganz abgesehen davon, daß es mehr als fraglich ist, ob sie dazu auch imstande ist, darf man nicht vergessen, daß die Massen, auf welche die Revolution sich stützt, den Frieden wollen. In Petersburg und Moskau haben bereits große Friedensdemonstrationen stattgefunden. Die Gegensätze spiegeln sich auch in der Zusammenkunft der revolutionären Regierung. Der Sozialist Tschcheidte und der Arbeiterführer Kerenski haben bei den letzten Dumasdebatten sich als entschiedene Gegner der Pläne Miljukows und seines Anhangs bekannt.

Dazu kommt aber weiter, daß die revolutionäre Regierung kaum imstande sein wird, die Ernährungsschwierigkeiten kurzerhand zu beseitigen. Gelangt ihr das aber nicht, dann wird die Friedensbewegung an Intenabilität sehr rasch gewinnen. Kurz und gut, der Preisverfall der englischen

und französischen Presse ist verfrüht und es müßte merkwürdig zugehen, wenn ihm nicht in Wäde ein großer Katastrophe folgen würde. Noch weiß man über die Haltung der Armee nichts Bestimmtes. Wenn es richtig ist, daß der zum Regenten ernannte Bruder des Zaren bereits wieder von seinem Amte zurückgetreten ist, so deutet dies darauf hin, daß die Sache für den Zaren noch nicht endgültig verloren ist. Kenner der russischen Verhältnisse stehen dem Sieg der Revolution sehr skeptisch gegenüber. Sicher wird das alte Regime nicht wiederkehren, ob aber die Revolution die Kraft besitzt, das politische Programm des Exekutivkomitees durchzuführen, steht auf einem anderen Blatt. Jedenfalls darf man sich auf weitere Ereignisse in den nächsten Tagen und Wochen gefaßt machen. Die Revolution steht voller Gegenätze und es ist nicht ausgeschlossen, daß auch diesmal wieder ein Rückschlag erfolgt.

Ein Manifest des abgedankten Zaren.

Petersburg, 17. März. (W.B. Nicht antlich.) Kaiserliches Manifest.

Wir von Gottes Gnaden Nikolas II., Kaiser aller Russen, Fürst von Polen, Großfürst von Finnland usw., tun unseren getreuen Anhängern hierdurch folgendes kund:

In den Tagen des großen Kampfes gegen den äußeren Feind, der sich seit drei Jahren bemüht, unser Vaterland zu unterjochen, hat Gott Rußland eine neue Prüfung schicken gewollt. Innere Schwierigkeiten drohen eine verhängnisvolle Rückwirkung auf den endgültigen Ausgang des hartnäckigen Krieges auszuüben. Die Zukunft S. llands, die Ehre unserer Armee, das Recht des Volkes und die ganze Zukunft unseres teuren Vaterlandes verlangen, daß der Krieg um jeden Preis bis zum siegreichen Ende geführt wird. Der grausame Feind macht seine letzten Anstrengungen und der Augenblick ist nahe, wo unser tapferes Heer in Uebereinstimmung mit unseren glücklichen Verbündeten den Feind endgültig zu Boden streden wird. In diesen für das Leben Rußlands entscheidenden Tagen stellen wir es für eine Gewissenspflicht, unserem Volk

die enge Vereinigung und Organisation aller seiner Kräfte zur einen schnellen Sieg zu verwirklichen, erleichtern zu müssen. Deshalb haben wir in Uebereinstimmung mit der Duma des Reiches es für gut erkannt, der Krone des russischen Staates zu entsagen und die Oberste Gewalt niederzulegen. Da wir uns nicht von unserem geliebten Sohn trennen wollen, übertragen wir unsere Erbfolge auf unseren Bruder, den Großfürsten Michael Alexandrowitsch, den wir bei seiner Besteigung des Thrones des russischen Staates segnen. Wir beauftragen unseren Bruder, in voller Uebereinstimmung mit den nationalen Vertretern zu regieren, die geschmähten Einrichtungen aufrecht zu erhalten und auch uns im Namen des vielgeliebten Vaterlandes eines unverletzlichen Eid zu leisten. Wir fordern alle treuen Söhne des Vaterlandes auf, ihre heilige Vaterlandspflicht zu erfüllen, dem Zaren in dem schmerzlichen Augenblicke nationaler Prüfungen zu gehorchen und ihm mit den Vertretern des Volkes behülflich zu sein, den russischen Staat den Weg des Ruhmes und des Glüdes zu führen. Gott schicke Aufbruch!

Ein Aufruf des Großfürsten Michael.

W.B. St. Petersburg, 17. März. Die „Röfn. Ztg.“ meldet aus Amsterdamm: Großfürst Michael Alexandrowitsch hat nach der Petersburger Telegraphen-Agentur folgenden Aufruf erlassen: Eine schwere Aufgabe wird mir durch den Willen meines Volkes auferlegt, das mir den kaiserlichen Thron während eines Krieges ohne Vorbereitung und während einer inneren Umwandlung überträgt. In demselben Gedanken, den das Volk befehle, dem die Wohlthat des Landes über alles geht, habe ich mich entschlossen, die höchste Gewalt anzunehmen in der Weise, wie es dem Willen unseres großen Volkes entsprechen wird, das durch eigene Abstimmung, durch die Stimme seiner Vertreter in einer verfassungsgebenden Versammlung über die Staatsform und das neue Grundgesetz für das russische Reich entscheiden soll.

Indessen fordere ich unter Anrufung des Segens Gottes alle Bürger Rußlands auf, sich der vorläufigen Regierung zu unterwerfen, die aus Vertretern der Reichsduma gebildet und mit der höchsten Gewalt beauftragt und im kürzester Frist in der Lage sein wird, auf der Grundlage des geheimen, direkten, gleichen und allgemeinen Wahlrechts in einer verfassungsgebenden Versammlung durch ihre Entscheidung den Willen des Volkes mit Bezug auf die Staatsform zu äußern.

Großfürst Michael verzichtet auf den Thron.

W.B. Neuhauf, 17. März. „Associated Press“ erzählt aus Petersburg: Großfürst Michael hat am Freitag nachmittags 2 1/2 Uhr ebenfalls auf den Thron verzichtet.

Großfürst Nikolai Nikolajewitsch zum Oberbefehlshaber ernannt.

Petersburg, 17. März. (Meldung der Petersb. Tel. Ag.) Der Zar hat dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch das Oberkommando der Heerarmeen übertragen. Großfürst Michael Alexandrowitsch hat seinen Thronrechten entsagt.

Unter englischer Skute.

W.B. St. Petersburg, 17. März. Die „Röfn. Ztg.“ meldet aus Kopenhagen: Der telegraphische Verkehr Rußlands mit dem Ausland scheint nunmehr vollständig unter englische Bewachung gestellt zu sein. Ueber die Vorgänge in Petersburg wird nur das verbreitet, was England wünscht.

Eine Proklamation der provisorischen Regierung.

Petersburg, 17. März. (Petersb. Tel. Ag.) Die provisorische Regierung veröffentlicht folgende Proklamation:

Mitbürger! Der provisorische Vollzugsausschuß der Reichsduma hat, unterstützt von der Hilfe der Garnison und den Einwohnern der Hauptstadt, jetzt vollständig den schädlichen Einfluß der alten Regierung gebrochen, so daß er jetzt zur festeren Organisation der ausführenden Macht freier kann. In diesem Augenblicke ernannt der provisorische Ausschuß folgende Minister des ersten nationalen Kabinetts, deren frühere öffentliche und politische Tätigkeit ihnen das Vertrauen des Landes sichert. (Hier folgen die bereits gemeldeten Namen.)

Die neue Regierung will ihre Politik auf folgende Grundsätze aufbauen:

1. Allgemeine unmittelbare Immunität für alle Personen, die Verbrechen politischer oder religiöser Natur begangen haben, darunter auch terroristische Handlungen, Militärrevolten und Verbrechen gegen die Landwirtschafsgesetze.
2. Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Versammlungsfreiheit, sowie Streikrecht mit Ausdehnung dieser Rechte auf die Militärpersonen innerhalb der Grenzen, die die militärischen und technischen Verhältnisse gestatten.
3. Abschaffung aller aus sozialen, religiösen oder nationalen Gründen bedingten Einschränkungen.
4. Unmittelbare Vornahme von Vorbereitungen zur Einberufung einer konstitutionellen Versammlung, die auf dem allgemeinen Stimmrecht beruht, eine Regierung einrichtet und die Verfassung annimmt.
5. Die Polizeistatistik wird durch eine nationale Miliz mit gewählten Chefs, die der Leitung der Selbstverwaltung unterstellt sind, ersetzt.
6. Die kommunalwahlen finden auf Grund des allgemeinen Wahlrechts statt.
7. Die Truppen, die an der revolutionären Bewegung beteiligt waren, sollen nicht entwaffnet, sondern in Petersburg konfigniert werden.
8. Abschaffung aller Einschränkungen für die Soldaten hinsichtlich der sozialen Rechte, die andere Mitbürger besitzen, doch nur unter der Bedingung einer strengeren militärischen Disziplin im aktiven Dienst.

Die provisorische Regierung legt Gewicht darauf, hinzuzufügen, daß sie nicht beabsichtigt, den Kriegszustand zu beenden, um die Durchführung der oben genannten Reformen aufzuschieben. (W.B.)

Vereinfachung der Rechtspflege.

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der eine Vereinfachung der Rechtspflege herbeiführen soll. Der Entwurf knüpft an die im Jahre 1910 vom Reichstag beraten Reform der Rechtspflege an, die damals nicht mehr zum Abschluß gelang. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß zu prüfen ist, ob nicht ohne Schädigung der Allgemeinheit Kräfte, die durch die Rechtspflege in Anspruch genommen sind, in noch weiteren Umfang als bisher für andere Aufgaben freigegeben werden können. Bloße Verwaltungsmaßnahmen führen nicht zum Ziel. Weitere Kräfte können nur durch geschickte Maßnahmen organisatorischer Art gewonnen werden, die eine Verringerung des Aufwandes an Personen und Arbeit ermöglichen, ohne der Gewähr für eine geordnete Rechtspflege Abbruch zu tun. Die von dem Entwurf vorgeschlagenen Maßnahmen beziehen sich auf die Gerichtsverfassung, auf das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Strafsachen. Die Amtsgerichte sollen bei Verletzungen und Vergehen leichtster Art ohne Schöffen entscheiden. Strafkammerverfahren sollen noch mehr als bisher vor dem Staatsanwalt an die Schöffengerichte gebracht werden können. Einige Schwurgerichtssachen sollen der Strafkammer zur Aburteilung zufallen. Die übrigen Bestimmungen betreffen in der Hauptsache eine Herabsetzung der Zahl der Richter bei der Strafkammer als Berufungsinstanz, bei der Zivilkammer in erster Instanz und bei den Senaten der Oberlandesgerichte, eine Verringerung der Zahl der Geschworenen, eine Milderung des Verfolgungszwanges der Staatsanwaltschaft, eine Ausdehnung des Strafbefehls und eine Einschränkung der Privatklagen.

Die Schöffengerichte waren bisher zuständig außer für Verletzungen und für Vergehen, ohne der Gewähr für eine geordnete Rechtspflege Abbruch zu tun. Die von dem Entwurf vorgeschlagenen Maßnahmen beziehen sich auf die Gerichtsverfassung, auf das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Strafsachen. Die Amtsgerichte sollen bei Verletzungen und Vergehen leichtster Art ohne Schöffen entscheiden. Strafkammerverfahren sollen noch mehr als bisher vor dem Staatsanwalt an die Schöffengerichte gebracht werden können. Einige Schwurgerichtssachen sollen der Strafkammer zur Aburteilung zufallen. Die übrigen Bestimmungen betreffen in der Hauptsache eine Herabsetzung der Zahl der Richter bei der Strafkammer als Berufungsinstanz, bei der Zivilkammer in erster Instanz und bei den Senaten der Oberlandesgerichte, eine Verringerung der Zahl der Geschworenen, eine Milderung des Verfolgungszwanges der Staatsanwaltschaft, eine Ausdehnung des Strafbefehls und eine Einschränkung der Privatklagen.

Den Strafkammern sollen künftig von den Delikten, die dem Schwurgericht zur Aburteilung vorbehalten waren, überwiesen werden die Verbrechen der Urkundenfälschung, des betrügerischen Bankrotts, der Denuntiation, der Amtsverbrechen, der Verbrechen des Meineides und der Stillschleibensdelikte. In der Berufungsinstanz sollen die Strafkammer statt mit fünf, nur noch mit drei Richtern besetzt werden. Die Zahl der Geschworenen wird von zwölf auf sieben herabgesetzt; während bisher zur Verurteilung mindestens acht von zwölf Stimmen notwendig waren, sollen dann mindestens fünf von den sieben Stimmen zur Verurteilung der Schuldfrage nötig sein.

Bisher mußte die Staatsanwaltschaft in allen Straffällen, die zu ihrer Kenntnis gelangten, ein Verfahren einleiten und wenn die Verdachtsgründe ausreichend waren, Anklage erheben. Der Entwurf gibt der Staatsanwaltschaft die Befugnis, bei gewissen Straftaten unter bestimmten Voraussetzungen von der Erhebung der Anklage abzusehen. Bei der Auswahl der Tatbestände wurde davon ausgegangen, daß es der Staatsanwaltschaft ermöglicht werden soll, geringfügige Verfehlungen des täglichen Lebens unversorgt zu lassen, soweit sie eine gerichtliche Aburteilung nicht erfordern. Solche Verfehlungen sind Verletzungen, ferner Vergehen, die nur mit geringen Freiheitsstrafen oder Geldstrafen bedroht sind, dann auch die Vergehen des einfachen Diebstahls, der Unterschlagung und des Betrugs, soweit es sich dabei um einen Gegenstand im Werte von höchstens 25 Mk. handelt. In allen diesen Fällen ist es in das Versehen der Staatsanwaltschaft gestellt, ob sie Anklage erheben will oder nicht.

Eine wesentliche Ausdehnung erfährt der Strafbefehl. Hinsichtlich der Freiheitsstrafen bleibt es bei dem bestehenden Höchstmaß von sechs Wochen; dagegen ist die Grenze der Geldstrafe, die bisher 100 Mk. betrug, herabgesetzt worden, so daß künftig Strafbefehle auf eine Geldstrafe in beliebiger Höhe lauten können. Wesentlich eingeschränkt werden die Privatklagesachen, und zwar soll das Verfahren in solchen Sachen nur eröffnet werden, wenn der Fall vom Gericht ausdrücklich als Kriegssache betont

wurde. In allen anderen Fällen soll das Verfahren ruhen bis nach Beendigung des Krieges, und die Klage gilt als zurückgezogen, wenn dann nicht innerhalb eines Monats die Weiterführung des Verfahrens beantragt wird.

Im Zivilrechtsverfahren sollen bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in erster Instanz durch Einzelrichter anstelle der Zivilkammern entschieden werden, und zwar kommen als Einzelrichter in erster Linie Landgerichtspräsidenten und Landgerichtsdirektoren in Frage. Unter Umständen können auch Oberlandesgerichtsräte zu Hilfsrichtern bei dem Landgericht bestellt werden. Der Entwurf legt Wert darauf, daß als Einzelrichter nur ältere erfahren Richter Verwendung finden sollen. Zur günstigen Beilegung von Rechtsstreitigkeiten soll außerdem das Schlichtungsverfahren eine erhebliche Ausdehnung erfahren, insbesondere soll dieses Verfahren vom Arbeitszwang befreit bleiben.

Deutsches Reich.

„Wenn die Sozialdemokratie nicht gewesen wäre!“

Von einem Parteigenossen im Felde erhielt die „Frankf. Volkstribüne“ einen Weihnachtsbrief übermittelt, den der protestantische Pfarrer Bäumler in Schönbrunn bei Bunsfelde an die Soldaten aus seinem Sprengel, die sich an der Front oder im Lazarett oder in der Garnison befinden, gerichtet hatte. Wir heben aus diesem Briefe folgende Sätze hervor:

„Die in den Städten haben schon viel durchgemacht müssen. Es ist alles möglich, was die Leute im ganzen so ruhig stinchen. Wenn auch manches Aufbegehren vorkommt, im ganzen scheinen gerade auch die Arbeiterfrauen gut Disziplin zu halten. Das haben sie — mag man sonst über die rote Partei vor dem Kriege sagen, was man will — meiner Meinung nach von der Sozialdemokratie gelernt. . . . Und wenn die Sozialdemokratie nicht gewesen wäre, dann hätte noch mehr, wo es jetzt leider noch manchmal ist, jeder nicht weiter als bis zu seinem Grenzraum gedacht. . . .“

Pfarrer Bäumler — so schreibt dazu das genannte Blatt — ist nicht etwa ein besonderer Freund unserer Partei, vielmehr hat er vor dem Kriege, besonders bei den Bayerischen Reichstagswahlen, manchen Zusammenstoß mit Sozialdemokraten gehabt. Von um so größerem Gewicht ist sein jetziges Urteil.

Das Jesuitengefetz.

Wie der „Bayer. Kurier“ erfährt, soll nunmehr die Entscheidung über das Jesuitengefetz in greifbare Nähe gerückt sein. Der Bundesrat dürfte sich vorwiegend demnach mit der Angelegenheit befassen, nachdem die Frage nur einmal soweit spruchreif geworden sei.

Dr. Heim an die Bauern.

In der jüngsten Nummer des Wochenblattes „Der Fränkische Bauer“ richtet Dr. Heim ein „ernstes Wort in letzter Stunde“ an die Landbevölkerung. Er knüpft daran an, daß die Landwirtschaft durch die Ausmahlung alles Brotgetreides bis auf 94 Prozent „auf das schwerste getroffen“ sei, da die Kleie und Futternehl damit fortzufalle; aber diese Maßnahme sei der ernstesten Notwendigkeit entspringen. Dann schreibt Dr. Heim u. a. weiter: „Wenn das notwendig ist, dann tragen ein gut Teil Schuld daran diejenigen Angehörigen des Bauernstandes, die unbedenklich um alle Ermahnungen, um alle Hinweise auf den Ernst der Zeit Brotgetreide verfühlert haben. Es ist aber nicht allein die Verfühlung des Brotgetreides, die uns in diese Schwierigkeit gebracht hat. Leider sind in ganz Deutschland und auch bei uns in Bayern hunderte und tausende von Äckern aufgedeckt worden, wo Müller den Bauern mehr Getreide verkauft haben, als sie durften. Hunderte von Müllern mußten deshalb bestraft und ihre Mühlen gesperrt werden. . . . Wir sind ein Volk, und es kann nicht gehen, daß ein Teil der Masse entbehrt und es dem anderen noch verhältnismäßig gut geht. Oft habe ich während des Krieges solche Mahnungen ausgesprochen. Bei

manchen war alles umsonst, und sie haben dadurch den Opferfinn anderer, den ich oft zu berubern Gelegenheit gehabt, zu Schanden gemacht. . . . Klagt nicht über jene, die gezwungen waren, solche Anordnungen zu treffen, sondern, Bauer und Müller, klagt über eure Standesgenossen!“

Soziale Rundschau.

* Die Arbeitsnachweise für Kriegsbeschädigte. Im Jahre 1916 ergab die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise für Kriegsbeschädigte in ganz Baden folgende Zahlen: Gemeldete offene Stellen 5118, davon in Staats-, Gemeinde- u. w. Dienst 860. Die eingelaufenen Stellengesuche von Kriegsbeschädigten betragen 5160, davon suchten Stelle in Staats-, Gemeinde- u. w. Dienst 975. Die Zahl der zustandekommenen Vermittlungen belief sich auf 2896, davon in Staats-, Gemeinde- u. w. Dienststellen 785. Für den bayerischen Landesarbeitsnachweis allein ist das Ergebnis folgendes: Gemeldete offene Stellen 2542, davon in Staats-, Gemeinde- u. w. Dienst 362, eingelaufene Stellengesuche von Kriegsbeschädigten 1054, davon suchten Stelle in Staats-, Gemeinde- u. w. Dienst 164; Zahl der zustandekommenen Vermittlungen 730, davon in Staats-, Gemeinde- u. w. Dienststellen 219.

* Arbeitslosen-Versicherungsanstalt. Die lange geplante Errichtung einer Arbeitslosen-Versicherungsanstalt der Stadt Ludwigsbafen a. Rh. ist nunmehr beschlossen. Sie tritt bereits am 1. April ds. J. in Kraft. Im städtischen Haushaltplan für diesen Zweck 25 000 Mk. bewilligt. Die Anstalt umfaßt eine Versicherungs- und eine Zuschußkasse. Mitglieder können alle hier beschäftigten Arbeiter und auch Kleinverdienende werden. Bei Arbeitslosigkeit wird nach einer Mitgliedsdauer von 52 Wochen auf die Dauer von 60 Tagen für den Tag 1 Mk. Unterstützung gewährt.

Ungarns Getreideproduktion.

Ueber die im ungarischen Abgeordnetenhaus besprochene Frage der Getreideversorgung Ungarns an seine Bundesgenossen Oesterreich und Deutschland wird in zwei ingaltrischen Artikeln der Wiener „Arbeiterzeitung“ berichtet. Die 1916er Ernte brachte 80 Millionen Zentner (vermutlich nach österreichischem Gebirg zu 100 Kilogramm gerechnet) Roggen, Weizen, Gerste, Mais und Hafer. Das zu Beginn des Jahres 1916 infolge von Wasser und Wetterkatastrophen drohende Unheil wurde durch die Organisationsarbeit des Handelsministeriums (für Landesverteidigung) so glänzend überwunden, daß kaum einige Prozent des Lebens unbedauert blieben. Im Jahre 1914 waren allerdings 110 Millionen Doppelzentner geerntet worden, im ausgesprochenen Mißjahr 1897 bei einer um 1/2 Millionen Hektar kleineren Ackerfläche nur 82 Millionen, so daß 1916 zwar ein unglückliches, aber immerhin noch erfolgreiches Erntejahr gewesen ist. Man nimmt an, daß das Ertragnis höher war als die vorhin angegebene amtliche Zahl. Der Inlandsbedarf in normalen Zeiten beträgt (ohne Hafer und Mais, also an Brotgetreide) 58,3 Millionen. Nach Abrechnung der verbleibenden Zahl der in militärischer Verpflegung stehenden, unter Hinzurechnung der Kriegsgefangenen und unter Berücksichtigung des gewöhnlichen und Saatbedarfs kommt der Artikel zu dem Ergebnis, daß 15 1/2 Millionen Doppelzentner für die Abgabe an die Arme und die Bundesgenossen zur Verfügung gestanden haben müßten. Dabei sind die Regierungszahlen und der ungarische Friedenskonsum zugrunde gelegt.

Die Ursachen der vom Grafen Tisza befohlenen Knappheit müssen also in der Verbrauchsregelung liegen. In Ungarn ist einmal die Gerste nicht in die Verbrauchsregelung einbezogen, während in Oesterreich 75 Prozent der erzeugten Gerste auf Mehl verarbeitet wurden und 25 Prozent den Landwirten zum Schroteln überlassen wurden. In Ungarn ist dementsprechend Gerste verfühlert worden und die Höhe des Viehbestandes soll z. B. bei der Mäuerung gewisser stehbürgischer Landstriche gewaltig überlastet haben. Für das Vieh standen auch 20 Millionen Doppelzentner Mais zur Verfügung. Während der städtische Verbraucher in Oesterreich auf 90—100 Kg. Brotfrucht im Jahre rechnen kann, bestimmte die ungarische Regelung vom 30. Mai 1916, daß in der Landwirtschaft pro Kopf bis Mitte August 1917 pro Monat 18 Kg. Brotfrucht, also

Bagdad.

Die Märchenstadt des Orients.

Die romantische Phantastik der Märchenwelt von „Tausend und eine Nacht“ umweht diese Stadt, in deren Geschichte sich der Kuffsteg und der Glanz der islamitischen Herrschaft widerspiegeln. Doch die einst weltberühmte Stadt — Harun al Raschids, des großen Kalifen, zehrt seit Jahrhunderten von der Vergangenheit und der Erinnerung. Die Ruinenreste und die schimmernden Paläste der abbasidischen Kalifen sind längst verfallend; nur Ruinen zeugen heute noch von vergangener Glanz und von einer Macht, die sich bereits von Bagdad aus über das weite Reich Mohammeds und seiner Anhänger erstreckte. Nur einzelne Moscheen, mächtige Türme und drei alte Stadttore sind noch aus der Zeit erhalten, da Bagdad die größte und prächtigste Stadt des ganzen Orients war, aus der Zeit, in der Harun al Raschids Gesandte mit schimmernden Schätzen ins Abendland an den Hof Karls des Großen schickte. Das Bagdad von heute liegt auf keineswegs an der Stelle der alten Märchenstadt; der neuere und größere Teil liegt am östlichen Ufer des Tigris, während sich die Ruinen des alten Bagdad an der Westseite des Flusses finden, wo auch die Zitadelle liegt. Beide Teile sind durch eine 200 Meter lange Schiffbrücke miteinander verbunden. Die heutige Hauptstadt des gleichnamigen Wilajets Bagdad zeigt das typische Gepräge aller mohammedanischen Siedlungen in Asien; ihre Straßen sind eng und winkelig; in krummen Windungen ziehen sie sich zwischen den charakteristischen Säulern des Orients hin, die mit ihren schmalen und engen, vielfach vergitterten Fenstern Geheimnisse ahnen lassen, die hier nicht verborgen sind. In dem langen und heißen Sommer dieser Breiten wücheln, wenn der trodene Wüstenwind mit seinem Gluthauch von Süden weht, gewaltige Staubwolken durch die ungepflasterten Gassen; kommt im Herbst die Regenzeit, so vermandeln sich diese Straßen in echt orientalische Schlammwege. Derlei gehört zum Orient, und auch Bagdad macht in dieser Hinsicht keine Ausnahme von dieser Regel.

Eines freilich hat die alte Kalifenstadt vor aller anderen mohammedanischen Gemeinwesen voraus: ihre berühmten

Bagdad. Sie bilden die letzte sichtbare Erinnerung an die große Vergangenheit der Stadt; alles, was der Orient an Kostbarkeiten, an künstlerischen und phantastischen Ergüssen, an Dingen des Gewerbetreibes herborbringt, findet sich hier in schier erdrückender Fülle. Diese Bagdad sind eine eigene Magasin, keine unserer abendländischen Läden ähnelnde Verkaufsstätten. Es sind mächtige, lange und weite Gänge, die mit gewölbten Mauerwerk gedeckt sind, und durch die sich ununterbrochen der bunte und lärrende Verkehr des Orients wälzt. Da sieht man die kostbarsten perlsiden und indischen Teppiche; da liegen persische Schals aus, von einer Pracht der Farben, wie man sie im Abendlande kaum je zu sehen bekommt. Da werden eigenartige indische Stoffe aus Seide und Baumwolle feilgehalten; da blitzen in edelsteingeschmückten Seiden kostbare Damaszener Ringe, liegen phantastisch lange Reiterpfeifen neben modernen Schußwaffen; da sieht man echten Mosselin aus Mosul, der Stadt, die diesem Gewebe seinen Namen gegeben hat; da wird das berühmte rote und gelbe Leder feilgehalten, das zu den geschätztesten Erzeugnissen der Industrie von Bagdad gehört. Und inmitten dieser Schätze des Orients fehlen nicht die Erzeugnisse der Industrie des Abendlandes. Vom gebiegenten Fabrikat bis zum billigen Massenstück ist alles vertreten, was irgendwie in diesem Lande gebraucht wird und verkäuflich ist. Auch in den Karawanereien, den Chanen, deren Bagdad etwa dreißig hat, wird ein schwunghafter Handel mit den verschiedenartigen Produkten des Morgen- und Abendlandes getrieben. Hier ist der Markt für die Güter, die die großen Karawanen aus Persien und Afghanistan, aus Indien und aus den Kaukasusländern nach diesem großen Handels- und Stapelplatz bringen; von hier aus nehmen auch die Waren des Abendlandes mittels der Karawanen ihren Weg in die entlegenen Gebiete Vorderasiens. Groß ist in Bagdad der Handel mit Landesprodukten. Datteln, Reis, Brotgetreide, Schafwolle, Ziegenhaar, Galläpfel, Gummi und Bälle gehen in großen Mengen nach dem Abendlande; prächtige Früchte aller Art kauft man in den Bagaden und Karawanereien und überall, bei den fliegenden Händlern, die die Stadt durchziehen und in monotonen Singang ihre Waren anbieten. Denn alles gedeiht unter diesem geeigneten Himmelskriech, obwohl die einjährige Fruchtbarkeit des Zweifrom-

landes seit Jahrhunderten versiegt ist. Immer weiter hat die Wüste ihre Fangarme ausgedehnt; ihre Sandstogen haben längst die fruchtbarsten Landstriche Mesopotamiens verschüttet, und die künstliche Bewässerung ist versiegt. Aber dort, wohin das belebende Raß noch dringt, wachsen Datteln und Feigen und alle anderen Früchte des Orients in üppiger Fülle. Die brennend heiße Sonne in diesem Lande bringt sie zur Reife, und die schönsten Zitronen und Orangen, duftende Granatäpfel und süße Limonen, Aprikosen, blaue Pflaumen und Maulbeeren werden überall in Bagdad in Fülle feilgehalten.

Unter den Bauwerken der Stadt sind neben der halb verfallenen Zitadelle und dem Konak des türkischen Generalgouverneurs einige Moscheen bemerkenswert, von denen die Dschamah el Sult el Bagel als die älteste berühmt ist. Die Dschamah el Merdschamiah zeigt noch Ueberreste alten Arabeskenwerks aus der Zeit der abbasidischen Kalifen. Die Wohnhäuser von Bagdad sind aus Backstein erbaut und haben nur ein Erdgeschloß mit darüber liegender Terrasse. Selten öffnet sich ein Fenster nach der Straße; durch die Vergitterung erblickt man nur selten einen stehenden Mann oder Frauenkopf. Nach den Höfen und Gärten sind die kleinen Fenster aber zum Deffnen eingerichtet; in den Säulern der Wohlhabenden sind diese oft weiträumigen Höfe mit Springbrunnen geziert, und schattige Bäume erheben ihre Kronen weit hinaus über die flachen Dächerdächer. Denn so lebhaft auch das Treiben in den Straßen der Stadt ist, irgendwelche intimen Aeußerungen des türkischen Lebens kommen; doch dem fremden Besucher nicht zu Gesicht. Dieses Leben ist, zumal bei der türkischen Bevölkerung, ganz auf die Häuser und Höfe beschränkt, und von der auf 200 000 Seelen geschätzten Bevölkerung von Bagdad gehören mindestens 150 000 zu den Befürwortern des Islams. In zweiter Stelle unter der Bevölkerung stehen die Juden, deren es 40 000 in Bagdad gibt; der Rest wird von Christen gebildet, meist Armenier und Griechen.

Die Stadt Bagdad wurde im Jahre 754 gegründet. Harun al Raschid erweiterte um das Jahr 800 die anfangs auf das westliche Tigrisufer beschränkte Siedlung durch einen neuen Stadtteil am Ufer des Stromes und legte die erste Schiffbrücke über den Tigris an. Im 10. und 11.

Der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wirkt das Kriegswirtschaftsamt nicht mit. Zum Vorsitzenden ist der Amtsvorstand Graf von und zu Bodman ernannt worden. Für jeden Amtsbezirk besteht eine Kriegswirtschaftsstelle, deren Vorsitzender der Groß-Amtsleiter oder sein Vertreter ist. Die Diensträume des Kriegswirtschaftsamts Karlsruhe befinden sich Kaiserstr. 231, Tel. 5290, der Reklamationsabteilung, Kaiserstr. 158, Tel. 5544.

Die Beschränkungen für Wirtschaften aufgehoben. Nach einer neuen Verordnung des Ministeriums des Innern wurden die in den Verordnungen vom 8. und 16. Februar 1917 getroffenen Vorschriften über die Schließung der Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, einschließlich der Kaffees, aufgehoben. Die Verordnung trat am Samstag in Kraft.

Die Besetzung Wilhelm Schumanns fand am Samstag nachmittags unter zahlreicher Beteiligung und mit militärischer Ehrenbegleitung statt. Ein Doppelquartett von Mitgliedern des Hoftheaters leitete die kirchliche Feier mit einem Trauerlied ein. Dann gab Herr Hofprediger Fischer ein Bild des Lebens und Wirkens Wilhelm Schumanns, in welchem er dessen vorzügliche Charaktereigenschaften und die mannigfaltigen Schicksalschläge, die dem Verstorbenen beschieden waren, gebaute. Nach Beendigung der kirchlichen Feier folgte die lange Trauerrede, an dessen Spitze eine Mitteilung des Grenadierregiments mit Musik und Trommeln marschierte, unter den Klängen eines Trauermarsches in Bewegung. Im Grabe wurden, nachdem der Geistliche die Gebete gesprochen hatte, drei Salven als letzter Gruß für den toten Kameraden abgegeben. Die ganze Feier machte auf die Anwesenden einen tiefen Eindruck. Wilhelm Schumann ist nicht mehr. Wir werden unseren geschätzten langjährigen Mitarbeiter ein treues Gedenken bewahren.

Verkehr mit getragenen Kleidungs- und Wäscheutensilien und getragenen Schuhwaren. Durch Bundesratsverordnung vom 22. Dezember 1916 ist den Kommunalverbänden die Erwerbung, Bearbeitung und Veräußerung getragener Kleidungs- und Wäscheutensilien und getragener Schuhwaren übertragen worden. Auf Veranlassung der zur Organisation des Wollhandels gebildeten engeren Kommission erklärt sich der Stadtrat damit einverstanden, daß das Haus Kaiserstraße 91 (Gasthaus zum „Goldenen Ochsen“) für die in Frage stehenden Zwecke gemietet und im Erdgeschoß deselben ein Verkaufsladen für getragene Kleider- und Schuhwaren eingerichtet wird. Im 2. Stock sollen die Verwaltung der deutschen Wollhandelsstelle und im 3. und 4. Stock die Filialen untergebracht werden.

Pa. Butter für Munitionsarbeiter. Nach einer Mitteilung des Städt. Bezirksamts Neustadt i. Schw. an die Karlsruher Stadtverwaltung wird das Bürgermeistereiamt Neustadt aus Überzähligen der Neustädter Viezeugschneidereien in den nächsten Tagen auf Veranlassung des Bezirksamts etwa einen halben Zentner Butter nach Karlsruhe abgeben. Es handelt sich um eine ausnahmsweise Lieferung, die zugunsten Karlsruher Munitionsarbeiter verwendet werden soll.

Von der städtischen Straßenreinigung. Man schreibt uns: Der Krieg hat dazu geführt, daß bei der städtischen Straßenreinigung eine große Anzahl Frauen beschäftigt werden. Die Arbeit ist für Frauen ziemlich schwer. Einmal müssen sie den ganzen Tag im Wind und Wetter arbeiten, zum anderen ist die Ausführung der Arbeit sehr beschwerlich, so namentlich das Abtragen der Straßenschuttungen neben den Bürgersteigen, das Wägen und Abfüllen der Mistkarren, das Besen des Schmutzes, das Laden des Unfalls. Nun hat die Betriebsleitung wohl in Aussicht genommen, die schwersten Arbeiten von Männern machen zu lassen. Aber trotzige Männer sind gegenwärtig schwer zu finden, während ganz junge oder ältere Arbeiter die schwereren Arbeiten noch weniger machen können wie die im besten Alter stehenden Frauen. Die letzteren werden deshalb auch zu allen Arbeiten herangezogen. Man nehme nun aber bedenken, daß die Verwaltung den Frauen, trotzdem sie mindestens die gleiche, eher aber mehr Arbeit leisten als die männlichen Kräfte, 5 M., 5,50 und 6 M. bezahlt werden, erhalten sie Frauen 3,80 und 4 M. Das ist nicht recht. Für gleiche Arbeit sollte nicht deshalb weniger bezahlt werden, weil sie von Frauen verrichtet wird. Daneben ist gar keine Frage, daß eine Frau, die für eine Familie zu sorgen hat, den höheren Lohn mindestens ebenso nötig braucht wie ein Mann, der nur für sich oder nach für eine Frau zu sorgen hat. Der Gemeindevorstand hat sich deshalb in einer Eingabe an den Stadtrat gemeldet, in welchem für die Frauen ein Lohn von mindestens 4,50 M., sowie die Fortzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen beantragt ist. Es ist nämlich auch nicht recht einzusehen, warum nur das ständige Personal im Falle der Erkrankung den ganzen Lohn haben soll, während das unständige Personal, das sich jetzt während der unglücklichen Vermögensverhältnisse schwerer an die Witterung gewöhnt, bei Erkrankung nur auf das Krankengeld angewiesen sein soll. Eine gleiche Behandlung durch die Verwaltung trägt auch zu

einem besseren Zusammenarbeiten bei. Möge deshalb der Stadtrat den Wünschen der Arbeiterinnen entgegenkommen.

Tierischverein. In der März-Mitgliederversammlung machte der Vorsitzende folgende Mitteilungen: Das Geschäftsjahr des Vereins ist nach Sophienstraße 26 (Erdgeschoss) verlegt; die Sprechstunden bleiben die gleichen wie früher: Mittwochs und Samstags 12-1/2 Uhr. — Es wurde beschlossen, 1000 M. für die sechste Kriegsleihe zu zeichnen. — Auf Anregung des Vereinsmitglied Major Dr. kam die Anleihefrage nochmals eingehend zur Sprache. Das Endergebnis war, daß sich Schaden und Nutzen, welchen dieser Kräftlingsfänger bringe, gegenseitig aufhebe. — Es sind wiederholte Klagen über die Hundezellen beim Waisenmeister eingelaufen. Eine Kommission wird sich mit der zuständigen Behörde ins Benehmen setzen. — Es wurde angeregt, bei dem demnächstigen Auftreten der Matrosen diese sammeln zu lassen und durch Trockenfutter für Winterfütterung zu konvertieren.

Für Anzeige gelangte ein heftiger Kohlenhändler wegen übermäßiger Preissteigerung, weil er für 1 Zentner soziales Anfeuerungsholz 6 M. verlangte, ferner die Ehefrau eines Badermeisters, weil sie zur Bereinigung von Teegebädern Treibschmelz verwendete.

Zur letzten Bürgerauschussung

brachte der „Badische Beobachter“ anstelle eines sachlichen Berichtes einen Artikel, der sich auf dem Niveau höchsten Verrats bewegt. Dem Artikel fehlt geradezu alles, um die Leser über die Verhandlungen zu unterrichten. So ist offenbar nur geschrieben, um der Skandal- und Schimpfhaftigkeit gedankloser Schwärzer Rechnung zu tragen und daraus Schmierzettel für den halb verrottenen Zentrumsfarn zu gewinnen. Ein gewissenhafter Berichterstatter verdammt es z. B., häßliche Bemerkungen über die Schaffung des städtischen Jugendparcs zu machen, der allerdings vor dem Kriege erst abgelehnt wurde, ohne die Gründe zu nennen, die für die Verwirklichung mit Recht ins Feld geführt wurden. Dann wird Hohn und Spott ausgegossen auf die verantwortlichen Stellen, die durch Schaffung der städtischen Gutshofmühle die Schwierigkeiten in der Milch- und Fleischbeschaffung möglichst zu beseitigen suchen — wegen den vielen Kosten. Wegen dieser Kosten angeblich ist bei der Abstimmung die Zentrumsfraktion aufgestanden und hat gegen die Nachzahlung des Waldhauer Hofes gestimmt. Die vielen Mitglieder, die vor den energischen Maßnahmen der Stadt eben keine Milch für ihre Kinder bekommen haben, jetzt aber solche erhalten, werden den Zentrumspolitikern auf dem Rathaus wahrscheinlich sehr wenig Dank wissen.

Der Beobachter-Artikel meint:

„Man konnte aus den Beratungen so recht die Ueberzeugung gewinnen, daß es, sobald man anfängt, selbständige Landwirtschaf zu betreiben, es mit dem Neben allein nicht mehr geht, da gehört — nach einem bekannten Bauernwort — Mist her!“ Wenn diese weitläufigen Unternehmungen bei dem Mangel an jeder praktischen Erfahrung einmal anstatt eine Quelle für Lebensmittel, eine Quelle ungemessener Ausgaben werden, dann werden die Herren, die heute so unverantwortlich das Mitbestimmungsrecht des Stadtparlaments hinfallig gemacht haben, im schlimmsten Fall den Karlsruher Staub von ihren Füßen schütteln, die Karlsruher Bürgerhaft wird aber bezahlen dürfen, daß sie schwarz wird.“

So ist es eben. Wenn die Stadt nichts macht und den Karren laufen läßt, wird geschimpft und wenn sie etwas macht und für ihre 350 Müchliche eine Unterkunft packet, wird auch geschimpft. Das ist allerdings bequemer und sicher immer den Beifall von Leuten, die nicht weiter denken. Der „Beobachter“ kann sich beruhigen, der „nötige Mist“ zu den landwirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt wird von den politisierenden Spießhähnen in mehr als ausreichendem Maße geliefert werden.

Die Bedenken, die von den Zentrumsrednern Grund und Dr. Wehrle gegen das Projekt des Waldhauer Hofes geltend gemacht wurden, wurden doch überzeugend von dem Schlachthofdirektor Bayersdorfer widerlegt, und wenn der „Beobachter“ auch meint, man müsse gegen die Autorität deselben als Landwirtschafstler „erhebliche Fragezeichen machen“, so darf man darüber hinwegsehen. So viel wird er als derjenige, der mit diesen Fragen in engster Fühlung steht, doch immer verstehen, wie die Herren Grund und Dr. Wehrle mit samt dem „Beobachter“-Artikel.

Letzte Nachrichten. Deutscher Abendbericht.

Berlin, 18. März, abends. (Ankl.) In dem von uns freiwillig geräumten Geländestreifen zwischen Arras und Lisne besteht nur an einigen Stellen Gefechtsberührung zwischen unseren Sicherungen und feindlicher Kavallerie und Infanterie.

Beiderseits der Maas zeitweilig rege Gefechtsstätigkeit. In der Ostfront nichts Besonderes. Die Angriffe zwischen Otrida- und Respaiee und nördlich von Monastir sind heute wieder angelegt und sind noch nicht abgeschlossen.

Die Kohlenkrise in Italien.

Lugano, 18. März. Nach zuverlässigen Meldungen aus Italien war daselbst bereits in der zweiten Februarhälfte der Kohlenmangel sehr groß. Die Truppentransporte und Verpflegungszüge nach der Front mußten teilweise unterbleiben, da die nötigen Kohlen für die Lokomotiven fehlten. Besondere Schwierigkeiten machten sich infolge des starken Kohlenverbrauches bei den Bahnen nach Norden und Nordosten, also auf den wichtigsten militärischen Strecken, geltend, sodaß, da jede Lokomotive nur eine beschränkte Kohlenmenge zugewiesen erhielt, die Transporte fast vollständig zum Stillstehen kamen. Mit den noch zur Verfügung stehenden Kohlen mußten die militärischen Betriebe sowie der Bevölkerung verurteilten ein vollständiges Stillliegen der Kriegsmarine. Mit den noch zur Verfügung stehenden Kohlen wird zuerst die Handelsmarine versorgt, die aber ihre Frachten auf die für den täglichen Verbrauch notwendigen Güter beschränken muß.

Verkauf einer portugiesischen Kolonie an Japan.

Berlin, 19. März. Aus Haag erfährt das „Berliner Tageblatt“, ein in Oporto erscheinendes Blatt melde, daß Portugal seine Kolonie Macao (im Süden Chinas) an Japan verkauft habe.

Großfürst Nikolai Diktator.

Berlin, 19. März. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ hat nach einem Telegramm der „Neuen Züricher Zeitung“ aus Bern Großfürst Nikolai Nikolajewitsch die ihm von dem abdankenden Zaren angebotene oberste Gewalt über das Militär- und Zivilwesen angenommen.

Gerard als Kriegsheld.

Berlin, 19. März. Eine Genfer Depesche des „Berliner Tageblattes“ besagt: Nach einer Meldung aus Washington hat der Botschafter Gerard dem Präsidenten Wilson Enthüllungen über angebliche deutsche Komplote gegen Amerika gemacht. Die gespannte Lage zwischen Deutschland und Amerika werde dadurch verschlimmert.

Die amerikanische Eisenbahnerbewegung.

N.Y. New York, 18. März. (Zuspruch vom Vertreter des A.B.) Die Möglichkeit, daß der Oberste Gerichtshof am Montag seine Entscheidung über die Gefekmäßigkeit der Nachstundenbill fällen wird, wurde bei der Verschiebung des Eisenbahnerausstandes um 48 Stunden von beiden Seiten in Betracht gezogen. Die Eisenbahngesellschaften glauben, daß der Streik vermieden werden kann.

Wasserstand des Rheins.

19. März. Schutterinsel 1.10 m, gef. 3 cm, Rehl 2.00 m, gef. 5 cm, Rogau 3.61 m, gef. 13 cm, Mannheim 2.79 m, gef. 17 cm.

Verantwortlich für Politik, Kriegs- und Nachrichten und Letzte Post: Wilhelm Koll; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Wie uns das Posthaus G. B. H. mitteilt, mußte nicht allein die Direkt. rote Kreuz-Lotterie um eine Woche verschoben, sondern auch die Bad. rote Kreuz-Lotterie auf 18. Mai verlegt werden wegen ungünstiger Umstände.

Städtische Sparkasse Durlach

Wir nehmen Zeichnungen auf die

sechste Kriegsleihe

entgegen. Die Abschreibung des Zeichnungspreises in den Sparbüchern erfolgt sofort bei der Zeichnung. Die Sparbücher sind zu diesem Zwecke bei der Zeichnung vorzulegen. Die abgeschrieben Beträge werden bis zum 18. April 1917, dem Tage der Einzahlung bei der Reichsbank, als Einlageguthaben verzinst, während von da ab die Verzinsung der Reichsanleihe beginnt.

Der Verwaltungsrat.

Silber-Gesuch.

Tüchtige Gipser für Karlsruhe, Mannheim und sonstige auswärtige Plätze gesucht.

E. u. S. Altmendinger, Gipser- und Stadteingangsamt, Karlsruhe i. B. 893

Wohnung zu vermieten

Eine schöne 2 Zimmer-Wohnung im 2. Stock mit Glasabfahrl. Gas und Wasser nebst allem Zubehör auf 1. Juli zu vermieten.

Friedrich Weber, Durlach, Auerstraße 50.

Verloren wurde am Samstag Mittag 12 bis 1/2 Uhr auf der Straße von der Luisenstraße (Luisenstraße) durch die Wiesenstraße bis Wolfartsweierstraße ein Säckchen mit Kleinfarmen. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe gegen Belohnung in der Luisenstraße abzugeben.

Gut erhaltener 887 Kinder-Sitz- und Liegewagen, Korbgewicht, zu verkaufen. Weber, Rudolfstr. 14, V.

Zeichnungen auf die

sechste Kriegsleihe

nimmt vom 15. März bis 16. April entgegen

Volksbank Durlach.

Feuerbestattungsverein Karlsruhe. (E. B.)

Inserat diesjähriger

Mitgliederversammlung

findet am Samstag, den 24. März, abends 7 1/2 Uhr, im kleinen Rathssaal statt.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Vorstands.
2. Kassenbericht.
3. Etwasige Anträge der Mitglieder.
4. Neuwahlen.

Wir laden hierzu recht zahlreichen Mitglieder (auch Damen) mit der Bitte um recht zahlreiches Erscheinen ergebenst ein.

Karlsruhe, den 17. März 1917. 888

Der Vorstand.

Maler- u. Tüncher-Lehrling

bei gründlicher Ausbildung und guter Bezahlung auf Odenweg 804.

H. Kollwicker, Schönenstr. 33.

Diwan, Junge Mädchen

neue, von 70 und 75 M an, hoch. Definis von 95 M an. 842

R. Köhler, Schönenstr. 25.

Lebigen, Kartonsagen-fabrik.

Schneefeldstraße 53. 897

